Baden-Württemberg

STAATSMINISTERIUM

„Europa und die Türkei“

Rede von
Ministerpräsident Winfried Kretschmann
an der Ankara Universität

am 15. Oktober 2012
in Ankara, Türkei

Vorwort

Modernes Wirtschaften hinter historischen Fassaden, belebte Plätze und Moscheen, geschäftiges Treiben am Bosporus und herzliche Gastfreundschaft: Die Delegationsreise in die Republik Türkei unter der Leitung des Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann vom 14. bis 19. Oktober 2012 konnte Eindrücke sammeln und Spuren hinterlassen, Kontakte erneuern und Beziehungen knüpfen. Begleitet von Ministerin Theresia Bauer, Ministerin Bilkay Öney, Minister Franz Untersteller und Staatssekretär Klaus-Peter Murawski hat die 80-köpfige Delegation um den Ministerpräsidenten die Städte Ankara und Istanbul bereist. Die Delegationsteilnehmerinnen und -teilnehmer sind mit einem reicheren Bild einer modernen Türkei nach Deutschland zurückgekehrt. Sie konnten Kontakte pflegen und Kooperationen begründen sowie in der Türkei und in Deutschland Diskussionen und Prozesse anstoßen – etwa zum Beitritt der Türkei zur Europäischen Union. Ein Höhepunkt der Reise war demnach die Rede des Ministerpräsidenten Kretschmann mit dem Titel „Europa und die Türkei" an der Universität Ankara. Diese Rede hat in der Türkei wie in Deutschland ein breites Echo gefunden. Insbesondere im Gespräch des Ministerpräsidenten Kretschmann mit S. E. Präsident Abdullah Gül zeigte sich auch, welch große Bedeutung die türkische Politik dieser Rede beimisst.

Die Rede können Sie, zusammen mit einigen Impressionen der Reise, dieser Broschüre entnehmen.

Viel Freude bei der Lektüre!
Ihre Pressestelle der Landesregierung

Sehr geehrte Damen und Herren,

für die Einladung, hier im Rahmen des heutigen Hochschultages zu Ihnen sprechen zu können, danke ich herzlich.

I. Verhältnis Deutschland und die Türkei

Wie eng das Verhältnis zwischen unseren beiden Ländern in den letzten Jahrzehnten gerade in der Hochschulzusammenarbeit gewachsen ist, zeigt ein bemerkenswertes Kapitel der deutsch-türkischen Geschichte in der dunkelsten Periode der jüngeren deutschen Vergangenheit. Ich meine die Emigration in die Türkei von mehr als 1.000 Deutschen in der Zeit des Nationalsozialismus.

Die türkische Aufnahmebereitschaft bot damals vielen, durch das Hitler-Regime verfolgten Gelehrten, Rettung. Während die meisten sich in Istanbul ansiedelten, kam eine ganze Reihe auch nach Ankara. Ich nenne nur den Architekten Bruno Taut, den Komponisten Paul Hindemith und den späteren Regierenden Bürgermeister von Berlin, Ernst Reuter.

Für die deutsch-türkische Zusammenarbeit bildet der damalige Wissenstransfer bis heute eine Grundlage unserer Beziehungen, die gerade im Bereich der Hochschulen ausgesprochen eng und vielfältig sind. Der heutige Hochschultag unterstreicht dies eindrucksvoll. Der universitäre Austausch zwischen unseren Ländern hat also eine große Tradition und eine chancenreiche Zukunft vor sich!

Ich spreche heute aber nicht nur als ein dankbarer Freund der Türkei zu Ihnen, sondern als Ministerpräsident eines deutschen Bundeslandes, in dem auch eine halbe Million Menschen türkischer Herkunft lebt. Mehr als die Hälfte von ihnen hat bereits die deutsche Staatsangehörigkeit und ein immer größerer Teil ist in unserem Land geboren

worden. Wir sprechen daher nicht mehr von „Gastarbeitern“ und auch nicht mehr von „Ausländern“, sondern von Deutschtürken, von Deutschen türkischer Herkunft. Die Zuwanderer aus der Türkei, ihre Kinder und Enkel haben unser gemeinsames Land wirtschaftlich voran gebracht, aber auch kulturell und religiös bereichert.
Vorbehalte und Vorurteile gab und gibt es dabei leider weiterhin auf allen Seiten, doch gerade in Baden-Württemberg setzen sich die Erfolgsgeschichten zunehmend durch. So ist mein Stellvertreter im Amt des Ministerpräsidenten, Minister Dr. Nils Schmid, mit einer Deutschtürkin verheiratet. Unsere Ministerin für Integration, Bilkay Öney, entstammt einer türkischen Familie. Ebenso der Bundesvorsitzende meiner Partei, Cem Özdemir, ein Baden-Württemberger, mit dem mich eine lange Freundschaft verbindet. Um ein anderes Beispiel zu nennen: Wer hätte es vor Jahren für möglich gehalten, dass eine deutsche Fußball-Nationalmannschaft einmal als „Özil & Co.“ bezeichnet wird?
Gerade bei uns in Baden-Württemberg gibt es unzählig viele Beispiele gelungener Integration. Zusammenleben und Integration als Teilhabe an der gemeinsamen Gesellschaft, als Gestaltung der gemeinsamen Zukunft sind bei uns nicht graue Theorie, sondern gelebter Alltag.
Aber es gilt auch weiterhin große Anstrengungen zu unternehmen. Etwa den Kindern von Einwanderern den Bildungserfolg zu sichern, der Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration und Aufstieg ist. Hier gibt es noch erhebliche Defizite. Deswegen haben wir ein Integrationsministerium, dass unsere Kollegin, die türkischstämmige Ministerin Bilkay Öney, leitet.

II. Europa und die Türkei

Meine sehr verehrten Damen und Herren, immer wieder wird die Frage aufgeworfen: Gehört die Türkei zu Europa?

Die eindeutige Antwort auf diese Frage wurde bereits 1963 mit der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens gegeben und 2005 mit der Aufnahme förmlicher Beitrittsverhandlungen erneuert. Auch ich persönlich bin zutiefst überzeugt, dass eine moderne Türkei, die die wirtschaftlichen und politischen Kriterien für eine Mitgliedschaft erfüllt, unverzichtbares Mitglied der europäischen Staatenfamilie sein muss.

Mit der Überzeugung befinde ich mich im Übrigen in guter Gesellschaft mit einem anderen Baden-Württemberger, mit dem die Geschichte europäischer Integration untrennbar verbunden ist. Walter Hallstein, 1958 zum ersten Kommissionspräsidenten gewählt (damals EWG/ Europäische Wirtschaftsgemeinschaft), fand bereits in seiner Rede anlässlich der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens 1963 hier in Ankara deutliche Worte:

„Wir sind heute Zeuge eines Ereignisses von großer politischer Bedeutung. Die Türkei gehört zu Europa. Das ist der tiefste Sinn dieses Vorgangs: Er ist, in denkbar zeitgemäßer Form, die Bestätigung einer Wahrheit, die mehr ist als ein abgekürzter Ausdruck einer geographischen Aussage oder einer geschichtlichen Feststellung, die für einige Jahrhunderte Geltung hat. Die Türkei gehört zu Europa."

Mein Wunsch ist es, dass Baden-Württemberg als eine von vielen Brücken wirkt, die unsere Gesellschaften, Kulturen und auch Religionen in diesem Sinne untrennbar miteinander verbinden. Nicht obwohl, sondern weil ich Christ bin, betrachte ich die Türkei als Teil Europas.

An Orten wie Göbekli Tepe und Troia, die von deutschen und türkischen Archäologen gemeinsam erforscht werden, bildeten sich Grundlagen unserer gemeinsamen Zivilisation. Paulus schrieb gleich mehrere seiner Briefe, die Eingang in das Neue Testament gefunden haben, an Gemeinden in der heutigen Türkei. In Ephesus verehren Muslime und Christen bis heute gemeinsam den Ort, an dem die gesegnete Maria nach dem Tod ihres Sohnes Zuflucht gefunden haben soll. Und auch frühe Konzile der Kirchen fanden auf heutigem, türkischen Boden statt, so die vier von West- wie Ostkirche gemeinsam anerkannten Konzile von Konstantinopel.

Die Geschichte zwischen Ost und West, zwischen Orient und Okzident war einerseits spannungsgeladen und konfliktträchtig. Das begann schon mit der ersten Spaltung der Christenheit. Dann sind der Islam und das Christentum zusammengeprallt: beispielsweise in Spanien – später auf dem Balkan.

Andererseits gab es Phasen intensiven Austauschs, gegenseitige Neugier und Faszination. So hatte der Osten auf bedeutende Gestalten der europäischen Geschichte durch die Jahrhunderte immer wieder eine faszinierende Wirkung. Denken wir an den Stauferkaiser Friedrich II., der mit Kalifen befreundet war und mit berühmten Gelehrten - Mathematikern und Philosophen - der islamischen Welt korrespondierte.

Das Erbe der Antike wurde von Byzanz und Konstantinopel weitergetragen. Dazu gehörten Naturwissenschaften, Kunst, Kultur und der Begriff des Rechts. Dieses Erbe ist dann eingeflossen in das Osmanische Reich, das wir uns als multikulturell und auch als multireligiös vorstellen dürfen.

Meine Damen und Herren, das Verbindende zwischen Ost und West ist von großen Europäern immer gesehen worden. Nehmen wir nur die schon oft zitierten Worte des berühmtesten deutschen Dichters Goethe im „West-östlichen Diwan“:

„Wer sich selbst und andere kennt / wird auch hier erkennen: / Orient und Okzident / sind nicht mehr zu trennen.“

Wer da behauptet, die islamische Prägung der türkischen Gesellschaft schließe sie aus Europa aus, dem widerspreche ich aus Überzeugung.

Eine solche Argumentation grenzt nicht nur Millionen von zugewanderten Muslimen in den Ländern der Europäischen Union aus, sondern auch Jahrhunderte alte, islamische Gemeinschaften etwa in Bosnien, Bulgarien und Polen. Der Islam ist seit Jahrhunderten ein Teil Europas.

Überhaupt sollten wir europäische Identität nicht im Sinne von Abgrenzung verstehen, sondern im Sinne von Offenheit und Weite. Das entspricht der eigentlichen, der zukunftsweisenden Idee Europas: dass sie nicht ausgrenzt, sondern Menschen auf der Basis gemeinsamer universaler Werte zusammenführt.

Ein zentraler Satz von Hannah Arendt, deren Philosophie mein persönliches Politikverständnis entscheidend geprägt hat, lautet:

Grundlage aller Politik ist die Pluralität des Menschen.

Dieser Satz gilt in den Gesellschaften der einzelnen europäischen Länder genauso wie in der Europäischen Union insgesamt. Aufgabe der Politik ist es hier wie dort, das Miteinander der Verschiedenen auf gerechte Weise zu organisieren.

Was uns dabei verbindet, sind die Werte der Aufklärung, an denen sich auch ein Mustafa Kemal Atatürk bei der Gründung und Modernisierung seines Landes orientierte. Werte von Freiheit und Menschenrechten, von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit können Christen, Muslime, Juden, Anders- und auch Nichtglaubende gemeinsam vertreten und leben.

Daher habe ich auch gegen Kritik immer wieder gefordert, dass die Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und der Türkei ernsthaft mit dem Ziel der Vollmitgliedschaft weitergeführt werden. Mit jedem Schritt, den wir aufeinander zugehen, wird das Fundament unserer Gemeinsamkeiten stärker und sichtbarer.

III. Plädoyer für die Wiederbelebung des Beitrittsprozesses

Leider sind die Verhandlungen schon viel zu lange und auf unabsehbare Zeit durch innenpolitisch motivierte Vetos einzelner EU-Mitgliedstaaten blockiert. Manche Regierungen in Europa, die eine Vollmitgliedschaft der Türkei ablehnen, verkennen, dass nicht nur die Türkei uns braucht, sondern die EU im gleichen Maße auf die Türkei angewiesen ist.

Nur gemeinsam werden wir in der Lage sein, die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, angefangen vom demografischen Wandel, einer sicheren und verlässlichen Energieversorgung, bis zu den geostrategischen Herausforderungen einer vielpolaren Welt, erfolgreich zu meistern.

Eine der drängendsten globalen Fragen ist die der Versöhnung von Ökonomie und Ökologie, der Umgang mit endlichen Ressourcen und den Bedrohungen eines von Menschen verursachten Klimawandels. Wie schaffen wir es, wirtschaftliches Wachstum und soziale Entwicklung mit dem Schutz natürlicher Lebensgrundlagen zu verbinden? *Sustainable development* – so lautet die globale Herausforderung: Europa kann und sollte hier eine Führungsrolle übernehmen!

Mit Blick auf die angespannte Situation des Euroraums bin ich überzeugt, dass die Türkei auch ein Aktivposten bei der Bewältigung der Schuldenkrise in Europa sein kann. Die Türkei gehört seit Jahren zu den am stärksten wachsenden Volkswirtschaften weltweit.

Die Türkei bietet einen hoch interessanten Wachstumsmarkt: Um 24 Prozent sind zu-

letzt die deutschen Exporte in die Türkei gestiegen. Umgekehrt hat auch der Absatz türkischer Produkte in Deutschland um 18 Prozent zugenommen. Daran sieht man: Die wirtschaftliche Integration geht in beide Richtungen. Die Türkei ist nicht nur ein bedeutender Absatzmarkt, sondern ein attraktiver Investitionsstandort.

Waren es früher mal die billigen Arbeitskräfte, so fallen heute in zunehmendem Maße Standortfaktoren ins Gewicht, wie man sie von hoch entwickelten Industriestaaten kennt: ausgebildete Fachkräfte, moderne Infrastruktur, die Zusammenarbeit mit Hochschulen usw.

Rund 4.800 Unternehmen in der Türkei sind deutsche Tochterfirmen oder haben eine maßgebliche Kapitalbeteiligung aus Deutschland. Aber auch türkische Unternehmen suchen verstärkt den Weg auf den deutschen Markt. Die wachsenden Verflechtungen erfordern dringend praktische Erleichterungen.

Stichwort „Visa-Regelungen“: Auf türkischer Seite soll die Einführung eines „grünen Passes“ entsprechende Reisen für Geschäftsleute erleichtern. Ich frage mich, warum das auf deutscher Seite nicht möglich sein sollte oder nicht schon längst geschehen ist? Hier wie auch sonst im Bereich von erleichterter Arbeitserlaubnis und Aufenthaltsgenehmigungen gibt es aus meiner Sicht Nachholbedarf.

Meine Damen und Herren, die Türkei ist ein wirtschaftlich starker Partner für Europa – gerade in Zeiten der Krise. Ihre Dynamik, ihre Aufbruchsstimmung kann einem Europa in der Krise nur nützlich sein. Aber auch außenpolitisch übernimmt die Türkei immer mehr Verantwortung und ist wohl zum einflussreichsten Land in der Region geworden. Ihr Einfluss auf die arabisch-islamische Welt auch über die Medien ist beträchtlich. Das hat nicht zuletzt die stabilisierende Rolle der Türkei im arabischen Frühling gezeigt.

Weitere Bewährungsproben ergeben sich nun angesichts der dramatischen Situation in Syrien. Ich denke insbesondere an die vielen Flüchtlinge. Ich möchte mich in Anbe-

tracht auch gewaltsamer Auseinandersetzungen im Grenzland mit wohlfeilen Ratschlägen zurückhalten. Aber der Rat zu Besonnenheit kann nie falsch sein! – Eine Eskalation der Gewalt hätte schlimme Folgen für alle Beteiligten.

Meine Damen und Herren, es gibt beträchtliche Fortschritte in der Türkei, auch was die innere und gesellschaftliche Entwicklung anbelangt. Ich denke an die nun auch offene Behandlung der Kurdenfrage. Und ich denke an den laufenden Verfassungsprozess.

Je enger die Partnerschaft und Anbindung an Europa, desto mehr reformerische Impulse sind für diesen Verfassungsprozess zu erwarten. Deshalb darf es uns nicht unberührt lassen, wenn innerhalb der Türkei die EU-Skepsis zunimmt. Vor diesem Hintergrund muss die EU endlich einen Schritt auf die Türkei zugehen und die festgefahrenen Verhandlungen wiederbeleben. Und zwar ernsthaft!

Es ist dabei klar, dass wir nicht den Ausgang des Verhandlungsprozesses vorhersagen können. Aber die Türkei hat ein berechtigtes Anliegen, den Fortschritt der Verhandlungen durch Reformanstrengungen selbst bestimmen zu können. Innenpolitisch motivierte Blockaden dieses Prozesses auf EU-Seite dürfen wir nicht länger hinnehmen.

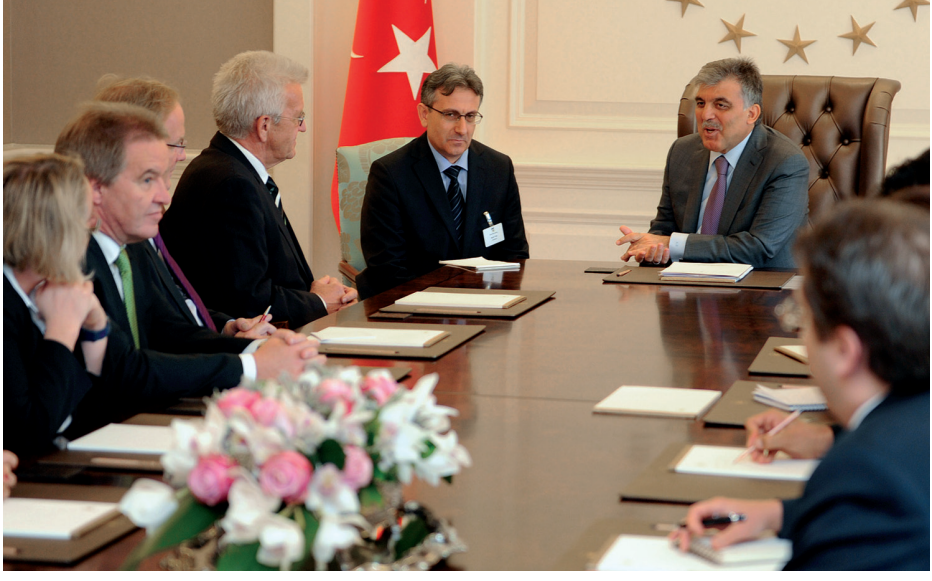
Ich rede dabei keinem Beitrittsautomatismus das Wort. Die Einhaltung der politischen und wirtschaftlichen „Kopenhagener Kriterien" ist die Grundlage der Beitrittsverhandlungen. Trotz großer Erfolge sind hier weitere Anstrengungen der türkischen Seite erforderlich.

Erlauben Sie mir, dass ich hier auch einige Besorgnisse offen anspreche. Wie ich es auch für selbstverständlich halte, dass türkische Politiker auf Defizite bei uns hinweisen, etwa bei der Integrationspolitik, so nehme ich manche Entwicklungen in der türkischen Innenpolitik der letzten Monate doch mit Sorge zur Kenntnis.

Der aktuelle Fortschrittsbericht der EU-Kommission vom 10. Oktober spricht hier eine deutliche Sprache. Es bestehen nach wie vor erhebliche Defizite u.a. bei der Justiz, der Wahrung der Presse- und Meinungsfreiheit und Einhaltung der Rechte der kurdischen Minderheit. Auch in Sachen Religionsfreiheit kritisiert die EU-Kommission erneut die Türkei. Die christlichen Gemeinden können de facto keine Kirchen errichten, bekommen aber auch Schwierigkeiten, wenn sie sich in Privathäusern zum Gottesdienst versammeln. Viele christliche Geistliche leben zudem in Angst vor gewalttätigen Übergriffen.

Die Wiedereröffnung des orthodoxen Priesterseminars und der Theologischen Hochschule auf der Insel Halki könnte hier ein wichtiges Signal für Religionsfreiheit sein. Denn gerade die Religionsfreiheit spielt im Konzert der Menschenrechte eine herausgehobene Rolle. Hier zeigt sich, ob eine Gesellschaft bereit ist, Vielfalt im Glauben und Leben anzuerkennen und zu bejahen.

Sowohl in Deutschland als auch in der Türkei gibt es leider immer noch Kräfte, die solche Vielfalt ablehnen. Meine Bitte an Sie: Lassen Sie uns im Guten wetteifern! Lassen Sie uns der Intoleranz entgegentreten, indem wir die Rechte und die Anerkennung der jeweiligen Minderheit aus voller Überzeugung vertreten!



So haben wir in Baden-Württemberg an der Universität Tübingen ein Zentrum für islamische Studien und zur Ausbildung muslimischer Gelehrter und Religionslehrer eingerichtet, an dem der Islam nach seinem Selbstverständnis gelehrt werden soll. In allen größeren und vielen kleineren Städten wurden und werden Moscheen gebaut. Sie werden bei uns gebaut, auch wenn es leider hier und da Konflikte und Widerstände gibt und die Moscheen nicht selten an den Rand einer Gemeinde abgedrängt werden. Da würde ich mir auch bei uns in Zukunft noch mehr Offenheit wünschen.

Weiter sind wir dabei, eigenständigen Religionsunterricht sowohl für Sunniten wie für Aleviten einzuführen. Ziel ist es, dass der islamische dem christlichen Religionsunterricht völlig gleichgestellt ist. Die Religionslehrerinnen und -lehrer werden dabei an staatlichen Hochschulen ausgebildet und vom Staat bezahlt – wie ihre christlichen und jüdischen Kolleginnen und Kollegen auch.

Und jedes Jahr zum Ramadan werden muslimische Bürgerinnen und Bürger, darunter auch der Generalkonsul der türkischen Republik, zu einem Iftar in die Räume meines Regierungssitzes eingeladen. Damit signalisieren wir: Musliminnen und Muslime sind nicht mehr nur „Gäste“ unseres Landes, sondern ein würdiger, gleichberechtigter Teil unserer Bürgergesellschaft.

Das Beste, was Sie tun können, um unseren Weg zu Anerkennung und Gleichberechtigung zu unterstützen, sind Maßnahmen zur Gleichstellung von Christen, Juden und anderen religiösen Minderheiten in der Türkei. Es ist wichtig, dass sich neben angestammten, christlichen Minderheiten auch neue Glaubensgemeinschaften formieren und rechtliche Anerkennung finden können. Jede freiheitliche Gesellschaft in einer globalisierten Welt wird mit wachsender, religiöser Vielfalt einhergehen.

Lassen Sie uns gemeinsam dafür eintreten, Würde und Wert dieser Vielfalt anzuerkennen. Die dringend erforderlichen rechtsstaatlichen Reformen und die Demokra-

tisierung der staatlichen Institutionen und der Gesellschaft müssen insgesamt vorangebracht werden. Dabei ist Demokratie nie fertig. Sie muss von uns immer weiter verbessert und weiterentwickelt werden.
Unser gemeinsamer Einsatz wird sich am Ende auszahlen: Eine in die Strukturen der EU eingebundene Türkei wäre ein Leuchtturm dafür, dass unsere Vorstellungen von Rechtsstaat und Menschenrechten nicht von der religiösen Prägung eines Landes abhängen. Die Universalität der Menschenrechte bedeutet ja gerade, dass sie unabhängig von religiösen, ethnischen oder regionalen Unterschieden gelten.
Wir müssen daher der Türkei die Tür nach Europa öffnen, anstatt Hindernisse aufzutürmen. Sonst besteht die Gefahr, dass sich die Türkei von Europa abwendet, zu unser aller Nachteil.
Auch innerhalb der EU muss im Übrigen die Demokratie weiterentwickelt und gestärkt werden. Das betrifft insbesondere die Stärkung des Europäischen Parlaments.
Wir müssen darüber hinaus aber auch einen öffentlichen Raum schaffen, in dem die Bürgerschaft und die Zivilgesellschaft über bedeutende, wichtige Fragen diskutieren kann. Auch das ist ein wichtiger Ansatz, um die Demokratie in Europa zu stärken. Das zentrale Ziel, auf das wir alle hinwirken müssen, sind für mich die Vereinigten Staaten von Europa. Nur so kann sich Europa in einer globalisierten Welt behaupten.

IV. Gemeinsame Zukunft

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unsere Kultur und Geschichte hat uns gerade in Baden-Württemberg im gleichen, europäischen Boot zusammengeführt. Ob wir erfolgreich segeln oder Schiffbruch erleiden – unser Schicksal ist aufs Engste verbunden. Die Frage ist nicht mehr, „ob“ wir ein Zusammenleben gestalten – sondern „wie“ wir es tun. Viele Menschen wollen diese Situation vor allem als Problem betrachten. Ich aber glaube, dass uns durch unsere Verbindung eine einzigartige Chance und Verantwortung gegeben ist. Baden-Württemberg gehört zu den innovativsten Regionen Europas. Viele türkische Einwanderer haben unser Land mit aufgebaut. Die Türkei ist eine dynamische, aufstrebende Region.
Wenn wir es schaffen, in unseren Ländern ein gutes und freiheitliches Miteinander der Religionen und Kulturen zu leben, dann werden wir zu einem Vorbild und einer Hoffnung auch für andere Regionen dieser Welt.
Wenn wir es schaffen, die Jugend und Dynamik der türkischen Wirtschaft mit der Technologie und Erfahrung der deutschen Unternehmen zu verbinden, so tragen wir zur Überwindung von Krisen und Armut bei.
Wenn wir unseren Bürgerinnen und Bürgern mehr Vertrauen schenken und unsere Demokratien stärken, so entziehen wir all jenen den Boden, die junge Menschen zu Fanatismus, zu Gewalt und Terror anstiften.
Wenn wir in Fragen der Wissenschaft und des Umweltschutzes besser zusammenarbeiten, so überlassen wir unseren Kindern mehr Wissen und eine intakte Schöpfung.

So möchte ich mit einem Sprichwort schließen, das sich im deutsch-türkischen Dialog in Baden-Württemberg entwickelt und durchgesetzt hat. Ich glaube, dass es nicht nur die Lebensrealität in Stuttgart und Mannheim, sondern auch in Ankara und Istanbul beschreibt:
Unsere Vergangenheit mag verschieden sein, doch unsere Zukunft können wir nur gemeinsam meistern.
Lassen wir uns von diesem Grundsatz leiten.

Vielen Dank!

Winfried Kretschmann
Ministerpräsident von Baden-Württemberg

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Staatsministerium
Baden-Württemberg
Richard-Wagner-Str. 15
70184 Stuttgart